

(Zwischenruf eines Abgeordneten der CDU/DA-Fraktion: Stellen Sie ihn doch!)

**Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:**

Ich habe Sie gesehen, aber Sie haben nicht die Hand gehoben. Ich wußte nicht, was Sie eigentlich sagen wollten.

**Dr. Wiebke (SPD):**

Wenn ich am Mikrophon stehe, ist es doch wohl klar, daß ich einen Antrag stellen will.

(Bewegung im Saal)

Ich möchte den Antrag stellen, daß dieses Gesetz auch an den Landwirtschaftsausschuß überwiesen wird.

**Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:**

Noch mal bitte, an den Landwirtschaftsausschuß?

**Dr. Wiebke (SPD)**

An den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forstwirtschaft. Zur Begründung möchte ich sagen, daß das Gesetz auch 4 800 Tierärzte berührt, die z. Z. auch noch in der Landwirtschaft angesiedelt sind.

(Vereinzelt Beifall bei SPD)

**Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:**

Ja, darüber möchte ich dann abstimmen lassen. Wer für die zusätzliche Überweisung an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forstwirtschaft ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Stimmenthaltungen? - Damit ist mehrheitlich entschieden, daß dieser Gesetzentwurf auch an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forstwirtschaft zu überweisen ist. Danke schön.

Wie wir heute nachmittag beschlossen haben, ist der Tagesordnungspunkt 13, die Aktuelle Stunde, verschoben worden auf morgen, so daß ich gleich zum Tagesordnungspunkt 14 komme:

**Antrag der Fraktion Die Liberalen betreffend Preisauflagen für Konsumgüter**

**(I. Lesung)**

(Drucksache Nr. 103)

Ich eröffne die Aussprache hierzu, und verabredungsgemäß hat jede Fraktion bis zu drei Minuten. Das Wort hat der Abgeordnete Herr Ryssel von der Fraktion Die Liberalen.

**Von Ryssel für die Fraktion Die Liberalen:**

Meine Damen und Herren! Der Antrag der Liberalen zur Aufhebung der vorgesehenen Sondersteuer für importierte westliche Konsumgüter - ich bleibe bei dem Ausdruck Sondersteuern, obwohl er in der Beantwortung als Preisauflagen bezeichnet ist, weil ich der Meinung bin, es sind Steuern, und gestatten Sie mir deshalb, bei meiner Begründung bei meiner Bezeichnung Sondersteuern zu bleiben.

Erstens: Die Sondersteuern widersprechen Geist und Buchstaben des Staatsvertrages, dem von Bevölkerung, Volkskammer und Regierung abgelegten Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft. Sie sind ein dirigistischer staatlicher Eingriff in das Marktgeschehen.

(Vereinzelt Beifall bei Liberalen)

Sie werden keinen Schutz für die DDR-Erzeugnisse bringen. Das ist eine Illusion. Sie werden eine Last für eine besondere Be-

völkerungsschicht sein und für eine breite Bevölkerungsschicht. Ich denke hier an unsere Rentner und an einkommensschwächere Schichten; denn diese Schichten haben nicht die Möglichkeit, die Waren in der Bundesrepublik zu kaufen. Die Menschen, die also nicht beweglich sind, die keine Autos haben, sind gezwungen, die verteuerten Importwaren zu kaufen, und andere Bürger der DDR, die also beweglich sind, die ein Auto haben, ich will mal so sagen, denen es schon relativ gut geht, die kommen auch in den Genuß der billigeren Waren.

Und wenn wir unsere Wirtschaft schützen wollen, dann müssen wir sie wirklich schützen und nicht auf dem Rücken einer besonderen, sozial schwächeren Schicht. Deshalb sind wir ganz strikt gegen solche Sondersteuern.

Diese Geschichte geht auch an unserem Handel vorbei. Erfahrungsgemäß werden sich Leute finden, die diese Waren aus der Bundesrepublik in die DDR transportieren und auch ohne Händlergenehmigung an den Mann bringen. Solche Handlungsweisen führen nicht zu einem ehrlichen, offenen Wettbewerb, sie verzerren den Wettbewerb und sind deshalb nicht angebracht. Wir meinen auch, daß die genannten sogenannten Preisauflagen eindeutig der Kategorie der Steuern zuzuordnen sind, weil sie abgefordert und an das Finanzamt abgeführt werden. Deshalb haben sie vom Inhalt her denselben Zweck wie jede andere Steuer. Wir können ebensogut sagen „14 % Mehrwertsteuer + 11 % Sondersteuer“, und dann sind wir wieder bei dem Problem. Wir sollten uns aber lieber Gedanken machen, wie wir unsere Betriebe unterstützen können, kurzfristig wettbewerbsfähige Produkte, insbesondere Konsumgüter, herzustellen. Mir ist es wirklich unverständlich, daß einer glaubt, jemand würde hier ein importiertes motorisiertes Zweirad mit 12% Preiszuschlag kaufen und nicht nach Westberlin oder in die Bundesrepublik fahren, um sich dieses motorisierte Zweirad dort zu kaufen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man gewillt ist, an unseren Grenzen verschärfte Kontrollen durchzuführen oder vielleicht sogar Zöllner einzusetzen, um zu kontrollieren, wer Waren aus der Bundesrepublik in die DDR bringt.

Wir empfehlen weiterhin, daß diese Anordnung nicht zum Tragen kommt und die Regierung bei solchen vorgesehenen Anordnungen überprüft, ob diese mit dem Parlament oder am Parlament vorbei gemacht werden können. Wir empfehlen, daß diesem Antrag zugestimmt wird, und sind nicht der Meinung, daß er erst in die Ausschüsse überwiesen werden muß. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

**Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage?

(Von Ryssel, Die Liberalen: Ja.)

**Frau Reider, Minister für Handel und Tourismus:**

Ich möchte den Abgeordneten fragen - ich stehe hier hinter Ihnen -: Haben Sie die Anordnung eigentlich schon komplett gelesen? Woraus entnehmen Sie denn, daß sich diese 11 % unbedingt auf den Preis niederschlagen, den der Kunde zu zahlen hat? Sie setzen die Mehrwertsteuer mit diesen 11 % Abgaben gleich.

(Von Ryssel, Die Liberalen: Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, wenn wir das, so wie das hier in der Anordnung vorgesehen ist, machen, daß 11 % auf die Waren aufgeschlagen werden ...)

Auf welche Waren? Wir haben mehrere Preise. Ich lese es Ihnen einmal vor. Ich glaube, Sie haben es doch nicht gelesen.

(Beifall)

„Der Preisauflagen als Kalkulationsbestandteil bezieht sich auf den Nettoeinkaufspreis. Er ist nicht umsatzsteuerpflichtig.“